



Newsletter * Newsletter *** Newsletter**

Ausgabe: 06/ 2012

Unter der Kuppel - Bericht aus dem Bundestag

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am 29. Juni, dem letzten Freitag vor der „plenarfreien Zeit im Sommer“ standen die Abstimmungen zum Fiskalpakt und dem ESM an. Die SPD-Fraktion hat mit einer Mehrheit diesen beiden Mammutprojekten zugestimmt. Das tat sie nicht, um Angela Merkel zu helfen; das taten wir, um Europa zu stabilisieren, um den Euro zu retten. Die Kanzlerin trägt eine Mitschuld an der Vertiefung der Staatsschuldenkrise, weil sie zu zögerlich und zu spät gehandelt hat.

Die SPD hat hart über den Fiskalpakt verhandelt und am Ende ihre Forderungen erfolgreich durchgesetzt. Es ist eine Tatsache: Ohne die deutsche Sozialdemokratie gäbe es nun keinen Europäischen Wachstums- und Beschäftigungspakt. Damit wird insbesondere die erschreckende Jugendarbeitslosigkeit in einigen Staaten bekämpft. Wir haben erreicht, dass noch nicht verwendete EU-Strukturfondsmittel nun zielgerichtet eingesetzt werden und die Europäische Investitionsbank gestärkt wird, auch so genannte Projektanleihen wird es geben. Das wichtigste Ziel aber: eine Finanztransaktionssteuer wird in mindestens neun Staaten eingeführt. Das ist unser Verdienst, und darauf können wir alle miteinander stolz sein.

Ich weiß, dass das Thema sehr emotional diskutiert wird. Auf vielen Foren im Internet, mit Aktion von Attac und Abgeordnetencheck beispielsweise wurde richtig Stimmung gemacht und teilweise in einem Tonfall und mit Vergleichen, die hanebüchen sind.

Ich habe dem Fiskalpakt und dem ESM zugestimmt und mir ist die Entscheidung, wie jeder/m meiner Kolleginnen und Kollegen nicht leichtgefallen. Es galt abzuwägen, aber trotz aller Zweifel waren für mich die Risiken der Ablehnung unabschätzbar und somit höher als die Risiken einer Zustimmung. Für mich ist das finanzielle und politische Risiko eines Auseinanderbrechens des

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 15 • 10625 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de

Euro-Raums wesentlich höher, als das, das wir nun durch ESM und Fiskalpakt eingehen. Entscheidend ist für mich, dass das Haftungsrisiko Deutschland beim ESM begrenzt ist und einen klaren Rahmen hat, nämlich bei 190 Mrd. Euro liegt. Die Risiken bei einem Nichthandeln – oder einem Austritt Deutschland oder eines anderen Staates aus der Euro-Zone – sind nicht darstellbar. Die Auswirkungen wären meiner Meinung nach völlig unkalkulierbar und die Bundesrepublik Deutschland könnte nicht bei Null, also bei der D-Mark vor 2001, wieder starten. Bei aller Kritik an den ungezügelter Finanzmärkten: Der ESM und der Fiskalvertrag sind zwei Instrumente, die Stabilität bringen sollen. Ob das ausreicht, weiß niemand. Dann müssen vielleicht noch weitere Instrumente entwickelt werden.

Auch wenn ich die Sorgen versteht, keiner dieser Briefe und Mails, die mich erreichten, hat auch nur ansatzweise eine Alternative aufzeigen können. Allerdings steht jetzt noch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus – verhandelt wurde am Dienstag, den 10. Juli 2012 über die Klagen, die unmittelbar nach der Bundestagsabstimmung und der Abstimmung im Bundesrat eingingen. Ich habe daran als Teil der Delegation des Deutschen Bundestages teilgenommen.

Das Thema Schuldenkrise wird uns Abgeordnete auch in der Sommerpause nicht loslassen, der Antrag Spaniens wird am 18 Juli in einer Sondersitzungen des Haushaltsausschusse und am 19. Juli in einer Sondersitzung des Parlaments beraten.

Wie jeden Sommer finden Sie mich aber auch in diesem bei meinen Sommergesprächen mit meinem Infostand an Plätzen und Märkten. Die Termine finden Sie am Ende des Newsletters. Ebenso steht wieder der Besuch einiger Verbände, Organisationen und Firmen in meinem Wahlkreis auf dem Programm!

Vielleicht sehen wir uns? Ich wünsche Ihnen und Euch einen schönen Sommer



Petra Merkel, MdB

Aus dem Bundestag

FISKALPAKT und ESM

Am Freitag, den 29. Juni 2012, wurde im Deutschen Bundestag über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und den Fiskalpakt namentlich abgestimmt. Beide Gesetzesvorhaben sollten mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit verabschiedet werden. Zuvor lieferten sich die Fraktionen in der Aussprache einen intensiven Schlagabtausch.

Nach der Regierungserklärung von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sprach SPD-Parteichef Sigmar Gabriel als Erster für die SPD-Fraktion. Gabriel stellte zunächst klar, dass die SPD die Wachstumsbeschlüsse des jüngsten EU-Gipfels ausdrücklich begrüße. „Wir freuen uns, dass die Finanztransaktionssteuer endlich auf den Weg gebracht ist“, sagte Gabriel und erntete großen Applaus seiner Abgeordneten. Er wies darauf hin, dass die Steuer ohne den Druck von SPD und Grünen nicht möglich gewesen wäre. Nun müssten sich endlich auch die Finanzmärkte an dem Desaster beteiligen, das sie angerichtet hätten.

Gabriel ging auch auf die im Raum stehenden Euro-Bonds ein. Er teile die Sicht von Bundesfinanzminister Schäuble (CDU), der postuliert hatte, bevor Euro-Bonds eingeführt werden, müsse es erst eine Fiskalunion samt Europäischem Finanzminister geben. „Aber lassen wir doch diese Scheindebatte – Euro-Bonds gibt es ja längst, sie heißen aber Merkel-Bonds“, sagte Gabriel. Er spielte damit auf die EZB an, die klamme Länder direkt unterstützt. „Da haftet Deutschland mit, aber ohne eine Kontrolle, was die Länder mit dem EZB-Geld eigentlich genau machen“.

Keinerlei Wachstumsinitiativen von Merkel

In Richtung Merkel stellte Gabriel fest: „Seit dem Sieg von Francois Hollande in Frankreich reden Sie immer davon, dass Wachstum und Schuldenabbau zusammengehören. Was haben Sie denn in den letzten drei Jahren an Wachstumsinitiativen auf den Weg gebracht?“ Keine einzige Initiative habe sie auf den vergangenen 24 Gipfeln geschaffen. An die Adresse des Unions-Fraktionsvorsitzenden Kauder (CDU) richtete Gabriel den Hinweis, dass Kauder vor einigen Monaten gesagt habe, in Europa werde wieder Deutsch gesprochen. „Rekordschulden, Rekordarbeitslosigkeit, Minuswachstum, Jugendarbeitslosigkeit – das ist rausgekommen, wenn Deutschland spricht.“

Zur FDP bemerkte Gabriel, dass von dort ein paar Mal das Wort Schuldensozialismus gekommen sei. Doch den Schuldensozialismus, den betrieben die Vorstandsvorsitzenden der Banken, die fordern, dass die Steuerzahler ihre Fehlspekulationen ausgleichen. Es sei das dilettantische Regierungshandwerk Angela Merkels, dass die Krise so eskaliert sei, weil sie viel zu spät gehandelt habe, und vor allem, dass sich nun die Verfassungsorgane in die Quere kämen. „Dafür sind Sie persönlich verantwortlich!“, sagte der SPD-Chef.

Europa wichtiger als Profilierung

Gabriel bekräftigte, dass die SPD dem ESM und dem Fiskalpakt mit großer Mehrheit zustimmen werde: „Wir stimmen dieser Notoperation zu, weil wir nicht wollen, dass die Finanzmärkte weitere Staaten in den Abgrund ziehen. Europa ist uns wichtiger als parteipolitische Profilierung.“ Es gehe nun darum, zu retten, was zu retten ist. Gabriel: „Das verstehen wir unter verantwortlichem, politischen Handeln“.

Es sei schließlich so, dass Deutschland nun auch einen Teil dessen zurückgebe, was es an Europa schon verdient habe. Denn Deutschland sei keineswegs nur Nettozahler, sondern vor allem Nettogewinner in Europa. Er empfahl eine Volksabstimmung, etwa über die Verfassung. „Nur so lässt sich verhindern, dass Europa zu einem Elitenprojekt wird“, sagte Gabriel. „Allein gehen wir unter in Europa. Dieses Europa ist ein Projekt der Menschen. Wir sind bereit, für ein Europa der politischen und sozialen Union einzutreten.“

Aus der Fraktion

Betreuungsgelddebatte entlarvt erneut Verfallserscheinungen der Koalition

Die Bilder von der Plenardebatte zur 1. Lesung des schwarz-gelben Gesetzentwurfs zur Einführung des Betreuungsgeldes zeigten deutlich: FDP und auch weite Teile der Union wollen mit der Kitafernhaltungsprämie nicht in Verbindung gebracht werden. So setzten sich am vergangenen Donnerstag die Unionsleute in die letzten Reihen, und die FDP gab nur müde Applaus für die Rede von Familienministerin Schröder (CDU). Nur einer freut sich: Horst Seehofer (CSU). Und die Kanzlerin sieht dem Treiben zu. Mit dem Kuhhandel der Koalition hat sie sich selbst einen Bärendienst erwiesen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird alles dafür tun, um das Betreuungsgeld zu verhindern. Und spätestens 2013 schaffen die Sozialdemokraten es wieder ab.

Ein schwarz-gelber Kuhhandel leistet der Koalition einen Bärendienst

Merkel und Co. wollten ursprünglich verhindern, dass das Betreuungsgeld in der Sommerpause weiter im Zentrum der öffentlichen Debatte steht. Doch das wäre ohnehin nicht gelungen. Denn die Menschen wissen, was für einen absurden Kuhhandel Schwarz-Gelb betreibt: Die FDP will das Betreuungsgeld nicht, stimmt aber im Kabinett dafür, weil die Union dafür dem „Pflege-Bahr“, der privaten Pflegezusatzversicherung, zustimmt. Das will die FDP durchsetzen. Dabei will die Union dieses sozial ungerechte Klientelgeschenk an die private Versicherungswirtschaft eigentlich nicht. Nur der bayerische Ministerpräsident (CSU) freut sich, er bekommt, was er will, und nur er: das Betreuungsgeld!

Breite Mehrheit der Bürgerinnen sind gegen das Betreuungsgeld

Das ZDF-Politbarometer vom 15. Juni war deutlich: 71 Prozent der Deutschen lehnen das Betreuungsgeld ab. Selbst die Anhänger der Union sind mit 64 Prozent dagegen. Zwei Milliarden werden verpulvert, weil so eine Wahlfreiheit für Eltern geschaffen werden soll. Doch die gibt es

nicht: Der auf SPD-Initiative 2008 beschlossene Rechtsanspruch auf einen Krippen-Platz tritt zwar im August 2013 in Kraft, aber 200.000 Betreuungsplätze fehlen. Für die 2 Milliarden könnten allein 166.000 zusätzliche Krippenplätze entstehen. Das zeigt, was für ein Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb ist: Das Geld wird nicht in frühkindliche Bildung für alle Kinder investiert und die Kommunen sind auf sich gestellt. Nun sollten die „Schlecker-Frauen“ ran, die Schwarz-Gelb hat im Regen stehenlassen. Laut Arbeits- und Sozialministerin von der Leyen sollen sie helfen, die Lücken beim Personal für frühkindliche Bildung zu schließen. Eine Qualifizierungsoffensive für diese Frauen ist gefragt. Aber aus der schwarz-gelb verschuldeten Not geboren, ist die Lösung fragwürdig: Länder wie Berlin haben bereits die Ausbildung aufgewertet und sie, wie in anderen europäischen Staaten und den USA üblich, in ein Fachhochschulstudium überführt. Doch dieser Schritt erfordert, dass Erzieherinnen und Erzieher danach auch eine gute Bezahlung für die wichtige Aufgabe, die kleinen Menschen von Beginn an gut zu bilden, erhalten. Wir können gespannt sein, was Frau Übermutter von der Leyen (CDU) dazu noch erklärt.

SPD fordert: Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld

Die SPD-Fraktion hat ihren Antrag „Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld“ in den Bundestag eingebracht, den der Bundestag heute ebenfalls debattiert hat. Darin fordern die Sozialdemokraten/innen die Bundesregierung auf, auf das Betreuungsgeld zu verzichten und die dafür vorgesehenen Mittel zusätzlich in den Ausbau der Kita-Plätze zu investieren. Damit soll der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unterdreijährige Kinder gefördert werden. Bund, Länder und Kommunen sollen dafür auf einem Krippengipfel konkrete Maßnahmen verabreden.

Schwarz-Gelbes „Pflegerförmchen“: Ein Geschäft für die Versicherungskonzerne

Freitagvormittag debattierte der Bundestag in 2./3. Lesung das schwarz-gelbe „Pflegerförmchen“ aus dem Hause „Bahr“ (FDP). Die private Zusatzversicherung, der „Pflege-Bahr“ lohnt sich nur für Menschen mit guten Einkommen. Und der staatliche Zuschuss in Höhe von 5 Euro monatlich ist ein Witz. Hier werden erneut Steuergelder verpulvert, um die privaten Versicherungskonzerne zu füttern. Die SPD-Fraktion hat seit 2009 weiter an einem nachhaltigen Pflegekonzept gearbeitet, das breit mit vielen gesellschaftlichen Gruppen diskutiert wurde. Seit März 2012 liegt das Konzept vor. Am Freitag hat es die SPD-Fraktion als Antrag dem Plenum vorgelegt.

Die private, kapitalgedeckte Pflegezusatzversicherung, die im Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG), verankert ist, ist ein weiteres schwarz-gelbes Kabinettstückchen: Die Sozialpolitiker der Union reiben sich die Augen, aber die FDP braucht Genugtuung für das unsinnige Betreuungsgeld. Steht ja auch im Koalitionsvertrag. Die Kritik daran hagelt wie beim Betreuungsgeld: Selbst die damit bediente private Versicherungswirtschaft ist unzufrieden – zu wenig Profit? Schätzungen der Sozialverbände gehen von Prämien in Höhe von bis zu 80 Euro pro Monat aus, oder sogar noch höher. Prämien, die allein die Beschäftigten treffen. Die Arbeitgeber bleiben – treu nach schwarz-gelbem Prinzip – außen vor. Und 60 Euro staatlichen Zuschuss soll es jährlich dafür geben.

2011 sollte nach Ex-Gesundheitsminister Rösler (FDP) zum „Jahr der Pflege“ werden. Auch sein

Nachfolger Bahr sprach vom großen Wurf. Herausgekommen sind ein paar Verbesserungen für Demenzkranke, für Angehörige und alternative Wohnformen. Frei nach dem Motto: 1 Milliarde darf das Ganze kosten.

Die 0,1 Prozent Beitragssatzanhebung reicht nicht, um die Pflege bedarfsgerecht auszurichten. Die geplante private Zusatzversicherung bediene laut SPD-Fraktionsvizein Elke Ferner nur die Versicherungswirtschaft. Sie verwies darauf, dass die Versicherer eine Risikoprüfung vornehmen würden. Ältere und kranke Menschen könnten sich deshalb die Policen nicht leisten. Ebenso werden Geringverdiener in die Röhre schauen. Nach Ansicht der SPD-Fraktion hat die Bundesregierung Zeit für eine zukunftsfeste Finanzierungsform verspielt.

Gute Pflege ist mehr wert

Die SPD-Fraktion steht für eine deutlich bessere Versorgung von Demenzkranken und bezahlte Pflegezeiten für Angehörige nach Vorbild des Elterngelds. „Uns ist bekannt, dass das mit einer klaren Anhebung des Pflegebeitrags um 0,6 Prozentpunkte verbunden ist“, erklärte der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, im Vorfeld der Debatte ein. Nach Kalkulation der Sozialdemokrat müssen rund 6 Milliarden Euro mehr ins Pflegesystem geleitet werden. Das lehnen die Arbeitgeber vehement ab. Sie murren schon über die heute beschlossene Anhebung der Sätze um 0,1 Prozent.

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen warten dringend auf bessere Leistungen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Pflege. Doch sie bekommen nur ein paar Trostpflaster sowie leere Versprechungen auf einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff angeboten. Diese Reform bringt den Menschen nichts. Der Stillstand verschärft die Probleme. Weil nichts geschieht, droht die Zwei-Klassen-Pflege.

Die SPD wird nach den Bundestagswahlen eine mutige und umfassende Pflegereform in Angriff nehmen. Die beinhaltet einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, die Bürgerversicherung sowie bessere Unterstützung für Angehörige. Die SPD lassen die Betroffenen nicht im Regen stehen, wie es die FDP-Minister getan haben.

SPD will Gleichstellung der Ehe von Lesben und Schwulen

Die Regierungsfractionen haben im Plenum wieder gezeigt, dass sie kein Interesse an der Gleichstellung von Lesben und Schwulen haben. Die Abstimmung im Deutschen Bundestag machte deutlich, dass die Rechte von Homosexuellen weder von CDU/CSU noch von der FDP vertreten werden.

Die SPD hat seit der Einführung des Lebenspartnerschaftsrechts im Jahr 2001 deutlich gemacht, dass sie JA zur Gleichstellung von lesbischen und schwulen Paaren sagt. 2001 war das ein weltweit wegweisender Schritt – heute sind in vielen Staaten der westlichen Welt die Partnerschaften von Lesben und Schwulen mit denen heterosexueller Eheleute gleichgestellt. Die Ehe wurde in vielen Staaten sogar geöffnet. Wie aktuelle Umfragen bestätigen, ist die Bevölkerung auch schon viel weiter als die Bundesregierung, die offensichtlich erneut die Zeichen der Zeit verschläft.

Bezeichnend ist das Verhalten der 37 Abgeordneten der FDP und der zwei Abgeordneten der CDU/CSU, die sich noch im Vorfeld der Abstimmung im Bundestag klar für die Öffnung ausgesprochen hatten. Die Abfrage hatte der Veranstalter des Kölner Christopher-Street-Days organisiert (http://www.colognepride.de/jaichwill_plenum_de.html). Diese Abgeordneten zeigen, wie wenig Integrität ein Politiker haben kann. Sie sind Treibmittel für Politikverdrossenheit.

Man und frau können den Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP, die die Anträge von SPD und Grünen abgelehnt haben, nur zurufen: Traut Euch endlich, die gesellschaftliche Realität anzuerkennen und traut Euch, die Ehe für Lesben und Schwule zu öffnen! Es ist an der Zeit, sich klar zu bekennen – wie es die SPD mit ihrem einstimmigen Beschluss auf dem letzten Bundesparteitag längst getan hat! Und mit dem Antrag der SPD-Fraktion auch parlamentarisch bewiesen hat.

„Trotz der fast vollständigen Gleichstellung mit der Ehe werden gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften immer noch diskriminiert. Die Bundesregierung weigert sich, diese Lebenspartnerschaften vollständig der Ehe gleichzustellen. Während sogar die FDP fordert, dass dort, wo gleiche Pflichten übernommen würden, auch gleiche Rechte bestehen sollten, setzt sich die wiederholte Uneinigkeit innerhalb der Bundesregierung fort“, erklärte SPD-Fraktionsvize Christine Lambrecht.

Das gehe zulasten vieler homosexueller Paare, die immer noch schlechter gestellt sind, vor allem im Steuer- und Adoptionsrecht. Und es geht auch zulasten des Kindeswohls. Wir fordern in unserem Antrag, dass die Ehe endlich auch für gleichgeschlechtliche Paare möglich ist. Eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare wäre ein wichtiges Signal. Das würden auch mittlerweile fast zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland begrüßen. Und das gilt auch für Europa. Die Niederlande, Schweden, Spanien und Belgien haben sich bereits dafür entschieden, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare als Institut im nationalen Recht zu verankern, und im September 2011 kündigte auch die britische Gleichstellungsministerin an, diesen Schritt in den kommenden vier Jahren zu gehen. Deutschland sollte nicht hinter Europa zurück stehen und endlich die Institution Ehe modernisieren.

Doch im Plenum wurde sowohl ein Antrag der SPD-Fraktion von Schwarz-Gelb negativ beurteilt als auch ein Entschließungsantrag der Grünen – er wurde abgelehnt.

Energie- und Klimafonds finanzieren

Der „Energie- und Klimafonds (EKF)“ soll eine haushaltsunabhängige Finanzierung der Energiewende sicher stellen. Er wird hauptsächlich aus Erlösen des CO₂-Emissionszertifikatehandels gespeist. Der Preisverfall der Zertifikate hat jedoch zu Einnahmeausfällen geführt. Ein Liquiditätsdarlehen aus dem Bundeshaushalt soll dies ausgleichen.

Das wird allerdings für eine angemessene Ausstattung der EKF-Programme nicht ausreichen. In dem Antrag „Zukunft des Energie- und Klimafonds und der durch ihn finanzierten Programme“

(Drs. 17/10088) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung daher auf, eine belastbare Preiskalkulation und Berechnung für die in Zukunft zu erwartenden Erlöse vorzulegen. Außerdem soll sich die Bundesregierung für die Anhebung des EU-Klimaschutzziels auf mindestens 30 Prozent CO₂-Reduktion bis 2020 einsetzen. Die Programmkürzungen im EKF müssen verhindert werden. Zudem soll ein Finanzierungskonzept für die Energiewende und den Klimaschutz vorgelegt werden. Programme und Maßnahmen im EKF sind wieder in die Einzelpläne des Bundeshaushalts zu überführen.

UNIFIL-Mandat verlängern

Die Bundesregierung will die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) um ein Jahr verlängern. Die UNIFIL-Mission wurde bereits 1978 beschlossen und ist damit eine der ältesten aktiven Beobachtermissionen der Vereinten Nationen. Im Jahr 2006 wurde die Mission erweitert und auf die Küstengewässer des Libanon ausgeweitet. Das deutsche UNIFIL-Mandat umfasst weiterhin die Sicherung der seeseitigen Grenzen und die Unterstützung der libanesischen Streitkräfte beim Aufbau von maritimen Fähigkeiten zur Kontrolle der Küstengewässer. Die personelle Obergrenze des Mandats liegt bei 300 Soldatinnen und Soldaten. Die Zusatzausgaben für die Verlängerung betragen 31,3 Mio. Euro. Davon entfallen 15,6 Mio. Euro auf das Haushaltsjahr 2012 und rund 15,7 Mio. Euro auf das Haushaltsjahr 2013.

Die UN-Mission UNIFIL trägt mit ihrer maritimen Komponente zur Vermeidung bewaffneter Auseinandersetzungen und zur Stabilität des Libanon und der gesamten Region bei. Zugleich wird angesichts der Verschlechterung der Sicherheitslage im Libanon dem UNIFIL-Mandat eine besondere Bedeutung beigemessen. Es kann nach Ansicht der Bundesregierung einen wichtigen Beitrag dazu leisten, der Destabilisierung des Libanon in Anbetracht der innenpolitischen Spannungen und des Konflikts im Nachbarland Syrien entgegen zu wirken.

Ladies`Day

Analog zum Girls` Day veranstalte ich seit 2002 jährlich einen Ladies` Day mit dem Ziel, Unternehmerinnen einen Einblick in die Arbeit einer Politikerin zu ermöglichen und Netzwerke zu schaffen. Seit 2006 wird der Ladies` Day mit Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion durchgeführt. Ob Atemtherapeutin, Inhaberin einer Kinderboutique, Heilpraktikerin, Goldschmiedin oder Leiterin eines Seniorenheims: Unternehmerinnen aus ganz unterschiedlichen Branchen begleiteten so einen Tag lang „ihre“ SPD-Bundestagsabgeordnete.

Zum neunten Ladies` Day hatte ich am 15. Juni Unternehmerinnen in den Deutschen Bundestag eingeladen. Insgesamt nahmen 19 SPD-Bundestagsabgeordnete mit knapp 50 Unternehmerinnen aus verschiedenen Wahlkreisen und Bundesländern teil.

Der Tag begann mit einem gemeinsamen Frühstück und einer Vorstellungsrunde. Anschließend führte ich die Gäste durch die verschiedenen Gebäude des Deutschen Bundestages und erläuterte Architektur und Ausstellungsstücke, als die Ladies hautnah ein nicht ganz alltägliches Instrument der Oppositionsarbeit im Parlament kennenlernen konnten: lautes „Hupen“ über sämtliche

Lautsprecher rief die Abgeordneten unmissverständlich zum Plenarsaal: „Hammelsprung: „Dass es der Opposition durch diesen Vorgang gelang, die 1. Lesung des umstrittenen Betreuungsgeldes – bei uns Kita-Fernhalteprämie genannt – zu verhindern und damit die selbst bei den Frauen von CDU/FDP ungewollte Einführung auf frühestens nach der Sommerpause zu verschieben, fand bei den Unternehmerfrauen und weiblichen Führungskräften uneingeschränkte Zustimmung. Alle waren sich einig: Einen authentischeren Blick hinter die Kulissen der Berliner Politik hätte man sich kaum vorstellen können.“

Die anschließende Diskussionsrunde mit der stellvertretenden SPD- Fraktionsvorsitzenden Elke Ferner verlief dadurch noch lebhafter als sonst. Natürlich wurde auch das Thema ESM und Fiskalpakt diskutiert.

Der Ladies' Day war auch in diesem Jahr wieder ein voller Erfolg! In diesem Jahr hatte ich gleich zehn Unternehmerinnen zu Gast, die schon seit vielen Jahren erfolgreich in Berlin tätig sind. Nicht nur für diese Unternehmerinnen war das ein spannender Tag. Mit Aktionen wie dem Ladies' Day können wir durch einen Erfahrungsaustausch starke Bündnispartnerinnen gewinnen und uns gegenseitig stärken. Im nächsten Jahr findet der Ladies' Day zum zehnten Mal statt. Die Idee einer Unternehmerin, doch mal einen „groß angelegten“ Ladies' Day mit allen Teilnehmerinnen der letzten neun Jahre zu organisieren, fand bei den Politikerinnen großen Anklang. 2013 wäre ideal für eine solche Veranstaltung – dann jährt sich der Ladies' Day zum zehnten Mal!!!

Runde Geburtstage

Am 1. Juni 2012 habe ich wieder mit dem Gunhild Schaeffer-Dormann aus der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf zu dem Treffen der Runden Geburtstage, Genossinnen und Genossen eingeladen, die ab dem 65. Geburtstag einen runden“ oder halb-runden (also mit einer 5 hinten) feiern. Auch ein prominenter Berliner war der Einladung gefolgt: Klaus Schütz, u.a. ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin feierte im vergangenen Jahr seinen 85. Geburtstag.

Impressionen finden Sie auf meiner Homepage: <http://www.petra-merkel.de/aktuelles/689-treffen-der-runden-geburtstage/>

Veranstaltung „Fachkräftesicherung“

Im Juni traf ich mich mit Innungsvertretern, -Meistern und Geschäftsführern verschiedener Berliner Handwerks-Branchen zum Thema „Fachkräftesicherung für kleine und mittelständische Unternehmen“ im Deutschen Bundestag. Die Referenten Dieter Wagon, Leiter der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit und Dr. Thomas Hartmann, Geschäftsführer der tamen GmbH machten deutlich, dass sich der Arbeitsmarkt aufgrund der demografischen Entwicklung in einem fundamentalem Wandel befinde. Bereits jetzt gäbe es mehr Renteneintritte als Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt. Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern führe dies bereits jetzt zu einem gravierenden Mangel an Fachkräften – ein

Problem, welches in wenigen Jahren auch Berlin mit voller Wucht treffen werde. Gleichzeitig falle es den Unternehmen immer schwerer, Auszubildende für das Handwerk zu finden. Wenn dies dann doch gelänge, wären die jungen Menschen aufgrund mangelnder Vorbildung häufig gar nicht in der Lage, den Anforderungen zu genügen. Als „nicht erträglich“ bezeichnete Dieter Wagon in diesem Zusammenhang den Umstand, dass derzeit 10 Prozent der Berliner Jugendlichen die Schule ohne jeglichen Abschluss verlassen.

Alle waren sich einig, dass hier die Politik gefordert sei, mit entsprechenden Rahmenbedingungen, z.B. einer ausreichenden Schulfinanzierung, die Grundlagen zu stärken. Zudem seien alle Beteiligten - Arbeitgeber, Arbeitnehmer sowie die Politik gefragt, neue - auch innovative - Wege zu gehen, um dem sich abzeichnenden Wandel auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu begegnen.

Das Modell von tamen, Arbeitgeberzusammenschlüsse, mit einer gemeinsame Personalplanung und Personalentwicklung, gab für einige Innungsvertreter neue Impulse. Direkte Gespräch mit tamen werden nun folgen und zeigen, ob dieses Modell auch für Berliner Innungsvertreter eine Möglichkeit darstellen könnte, Arbeitnehmern gemeinsam zu beschäftigen und Synergien zu nutzen.

Termine

Sommorgespräche

Ab dem 9. Juli 2012 bin ich wieder in Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf mit meinen Sommorgesprächen unterwegs. Nutzen Sie die Gelegenheit für ein Gespräch mit mir. Sie treffen mich mit meinem Infostand jeweils in der Zeit von 10 bis ca. 12 Uhr an folgenden Tagen an den angegebenen Wochenmärkten:

- 7. August **Wochenmarkt Eberbacher Straße**
- 10. August **Wochenmarkt Klausenerplatz**
- 14. August **Wochenmarkt Nestorstraße**
- 16. August **Prager Platz** mit Franziska Becker, MdA
- 22. August **Wochenmarkt Kranoldplatz (Steglitz-Zehlendorf)** mit Monika Thiemen, Bezirksbürgermeisterin a. D.
- 24. August **Wochenmarkt Preußenallee** mit Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann und Monika Thiemen, Bezirksbürgermeisterin a. D.